

## IGH entscheidet gegen die Ukraine in Sachen Terrorismus und MH17

***Der Internationale Gerichtshof hat entschieden, dass Russland den Terrorismus im Donbass nicht finanziert hat, und lehnt es ab, Moskau für den Absturz von Flug MH17 verantwortlich zu machen.***

1. Februar 2024 | Joe Lauria in Den Haag, Niederlande

Der Weltgerichtshof entschied am 31. Januar, dass Russland bei seiner Verteidigung der Separatisten in der Ukraine keinen Terrorismus finanziert hat. Das Gericht lehnte es ab, Russland, wie von der Ukraine gefordert, des Abschusses von Flug 17 der Malaysian Airlines schuldig zu sprechen.

Der Fall wurde 2017 von der Ukraine vor den IGH gebracht, drei Jahre nach dem von den USA unterstützten Putsch in Kiew, bei dem der demokratisch gewählte Präsident Viktor Janukowitsch gestürzt wurde.

Als sich russischsprachige Menschen im Donbass gegen den verfassungswidrigen Regierungswechsel, für den sie gestimmt hatten, auflehnten, leiteten die Putschisten 2014 eine als „anti-terroristisch“ bezeichnete Militäroperation ein, um den Aufstand niederzuschlagen.

Russland reagierte darauf, indem es ethnische Russen mit Waffen und anderer militärischer Ausrüstung unterstützte. Die Ukraine machte vor Gericht geltend, dass dies gegen einen Vertrag zum Verbot der Terrorismusfinanzierung verstößt.

Der IGH entschied jedoch am Mittwoch, dass der Vertrag nur Geldtransfers an mutmaßliche terroristische Gruppen abdeckt. Dies „schließt *nicht* die Mittel ein, die zur Begehung von Terrorakten verwendet werden, einschließlich Waffen oder Ausbildungslager“, so der Gerichtshof in seinem Urteil.

„Folglich fallen die angeblichen Waffenlieferungen an verschiedene bewaffnete Gruppen, die in der Ukraine operieren, nicht in den materiellen Anwendungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung“, entschied der Gerichtshof. Der Gerichtshof erklärte auch, dass er keine Beweise dafür habe, dass eine der bewaffneten Milizen im Donbass, die gegen die Regierung kämpfen, als terroristische Gruppe bezeichnet werden kann.

Der IGH stellte lediglich fest, dass Russland es versäumt hat, Maßnahmen zu ergreifen, um den Sachverhalt in Bezug auf Personen zu untersuchen, die angeblich eine Straftat begangen haben. Er fügte hinzu, dass das Gericht „alle anderen von der Ukraine vorgebrachten Argumente zurückweist“.

**Das Urteil ist von großer Bedeutung, da es die Behauptung Kiews, einen Krieg gegen Terroristen im Donbass zu führen, untergräbt. Dies ist ein wesentlicher Bestandteil des ukrainischen und westlichen Narrativs zur Rechtfertigung der brutalen Operation, bei der mehr als 10.000 Zivilisten ums Leben kamen.**

Russland marschierte im Februar 2022 in die Ukraine ein, als es Anzeichen dafür gab, dass Kiew eine neue Offensive gegen den Donbass startete. Die Ukraine und der Westen hatten es versäumt, zwei in Minsk ausgehandelte und vom UN-Sicherheitsrat gebilligte Friedensvereinbarungen umzusetzen.

Später gaben westliche und ukrainische Beamte zu, dass sie nie die Absicht hatten, das Abkommen umzusetzen, sondern nur so taten, weil sie Zeit gewinnen wollten, um ihre Streitkräfte gegen Russland aufzurüsten.

### **Abgelehnte MH17-Behauptung**

In ihrer Klage vor dem Gerichtshof hatte die Ukraine auch behauptet, dass Russland für den Abschuss des Malaysia-Airlines-Flugs MH17 im Jahr 2014 verantwortlich sei, bei dem alle 298 zivilen Passagiere und Besatzungsmitglieder an Bord ums Leben kamen. Kiew wollte, dass Russland den Opfern eine Entschädigung zahlt.

Das Gericht lehnte es jedoch ab, über die Verantwortung Russlands zu entscheiden und eine Entschädigung anzuordnen. Dieses Urteil scheint im Widerspruch zu den Ergebnissen der offiziellen Untersuchung des Vorfalls zu stehen.

Die niederländische [Sicherheitsbehörde](#) (DSB) und eine von den Niederlanden geleitete [gemeinsame Ermittlungsgruppe](#) (JIT) kamen 2016 zu dem Schluss, dass das Flugzeug von ethnisch russischen Separatisten mit einer von Russland gelieferten Rakete abgeschossen wurde. Moskau hat eine Beteiligung an dem Vorfall bestritten.

**Das Urteil zu MH17 erging zwei Wochen, nachdem der Europäische Gerichtshof entschieden hatte, dass die niederländische Regierung nicht verpflichtet war, ihr vorliegende Informationen über den Vorfall zu veröffentlichen. Das niederländische Nachrichtenmagazin RTL Nieuws hatte den Fall vor den IGH gebracht.**

Das Magazin wollte wissen, welche Berichte die niederländische Regierung über den ukrainischen Luftraum erhalten hatte, bevor das Flugzeug abgeschossen wurde. Die Regierung weigerte sich, diese Daten herauszugeben, und das Europäische Gericht entschied, dass sie keine Informationen über die Flugsicherheit weitergeben muss.

### **Keine Diskriminierung**

Der Ukraine wurde auch eine Entschädigung für die Diskriminierung von ethnischen Tataren und Ukrainern auf der Krim verweigert, nachdem Russland die Halbinsel 2014 annektiert hatte.

Das Gericht stimmte lediglich zu, dass Russland den ukrainischen Sprachunterricht auf der Krim nicht angemessen geschützt hat. Die Klage wurde eingereicht, als die Ukraine Gesetze verabschiedete, die die russische Sprache im Lande diskriminieren.

### **US-Richter stimmt gegen Russland**

Joan Donoghue, die amerikanische Richterin, die den Vorsitz des Gerichtshofs innehat, stimmte dafür, die Ukraine gegen mehrere Maßnahmen des Urteils zu schützen.

So stimmte sie (mit 10:5 Stimmen) gegen die Ablehnung „aller anderen Anträge der Ukraine in Bezug auf das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus“.

Sie stimmte nur für den Punkt, in dem Russland kritisiert wurde, dass es die Vorwürfe nicht ordnungsgemäß untersucht habe, und gegen die Ablehnung der ukrainischen Forderungen nach Entschädigung.

Donoghue stimmte auch (in einer weiteren Abstimmung mit 10:5 Stimmen) gegen die Ablehnung des Vorwurfs der Ukraine bezüglich der Diskriminierung von Ukrainern und Tataren auf der Krim.